

Köln, 30.07.2021

Stellungnahme zum Auswahlverfahren und zum Rückzug von Niklas Kienitz

Die CDU-Fraktion ist weiterhin der Auffassung, dass Niklas Kienitz für die Aufgaben als Beigeordneter bestens geeignet gewesen wäre. Mit großem Bedauern haben wir daher seinen Schritt zur Kenntnis genommen, nicht mehr als Beigeordneter der Stadt Köln zur Verfügung zu stehen. Im Folgenden möchten wir ausführlich Stellung beziehen zum Auswahlverfahren, zu geäußelter Kritik und zum Rückzug von Niklas Kienitz.

Es steht der Vorwurf im Raum, das Ratsbündnis habe den Kölner Verwaltungsvorstand „aufgebläht“, um eine Person mit einem Amt zu „versorgen“.

Dem widersprechen wir klar. Denn mit der Bildung zweier neuer Dezernate stärken wir den Verwaltungsvorstand, um den gestiegenen Anforderungen in einer wachsenden Millionenstadt mit ihren Herausforderungen gerecht zu werden. Die Ressorts Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales sind vor diesem Hintergrund zentrale Themen, die die Entwicklung der Metropole Köln stark prägen. Daher haben sich die Bündnispartner darauf geeinigt, diese Themen in einem neuen Dezernat zu bündeln. Zu dieser Entscheidung stehen wir unverändert.

Insgesamt wird Köln mit rund 1,1 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern künftig über neun Dezernate verfügen. Mit Blick auf andere deutsche Großstädte wird deutlich, dass es solche personell stark besetzten Verwaltungsspitzen braucht, um kurze Entscheidungswege zu ermöglichen und handlungsfähig zu sein. Die Stadt München mit ihren gut 1,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern unterhält 15 „Referate“ im Verwaltungsvorstand inklusive Direktorium. Auch München hat seinen Verwaltungsvorstand erst vor kurzem um gleich drei Referate für Zukunftsthemen erweitert: „Gesundheit“, „Klima- und Umwelt-

schutz“ und „Mobilität“.¹ Die Stadt Frankfurt am Main mit gut 760.000 Einwohnerinnen und Einwohnern unterhält neben dem OB-Dezernat zehn weitere Dezernate.²

Das Bewerbungs- und Auswahlverfahren für diesen Dezernentenposten stand ebenfalls in der Kritik.

Hierzu halten wir fest: Die Oberbürgermeisterin hat das Verfahren geführt. Sie hat die öffentliche Ausschreibung auf den Weg gebracht und, genauso wie für die anderen Dezernatsbesetzungen, einen unabhängigen Personalberater beauftragt.

Dieser hat das weitere Verfahren gesteuert und eine Longlist von möglichen Kandidatinnen und Kandidaten erstellt, aus denen nach einem Sondierungsprozess eine Shortlist entstanden ist. Letztlich hat es intensive Auswahlgespräche mit drei Bewerbern gegeben, aus denen Niklas Kienitz als bester Kandidat hervorgegangen ist.

Die Behauptung, Niklas Kienitz sei der einzige Bewerber gewesen, ist falsch. Die weiteren Kandidatinnen und Kandidaten in der engeren Auswahl haben sich am Ende aus dem Verfahren zurückgezogen. Das ist bei solchen Ausschreibungen üblich, damit die Bewerberinnen und Bewerber durch eine mögliche Veröffentlichung ihrer Beteiligung am Auswahlverfahren keine Nachteile gegenüber ihren aktuellen Arbeitgebern befürchten müssen.

Niklas Kienitz hat in seiner Bewerbung und in den Auswahlgesprächen seine fachliche Expertise und sein strategisches Geschick gerade im Feld der Stadtentwicklung unter Beweis gestellt. Seine Qualifikation ist im Verfahren mehrfach geprüft worden - von der Personalberatung ebenso wie von externen Experten. Auf der Grundlage dieser positiven Prüfung hat die CDU den Bündnispartnern Niklas Kienitz als geeigneten Kandidaten zur Wahl vorgeschlagen.

¹ Vgl. <https://www.muenchen.de/aktuell/referate-landeshauptstadt-muenchen-stadtverwaltung.html>

² Vgl. <https://frankfurt.de/service-und-rathaus/stadtpolitik/magistrat/dezernate>

Zudem wurde der Zeitpunkt von Niklas Kienitz' Rückzug vom Amt kritisch hinterfragt

Wir halten fest: Uns liegen bis zum heutigen Tag keine Schreiben der Bezirksregierung vor, aus denen eine finale Einschätzung der Bezirksregierung zur Wahl von Niklas Kienitz hervorgeht. Wir bedauern sehr, dass Niklas Kienitz seinen Rückzug erklärt hat, können ihn allerdings nachvollziehen, nachdem er uns von zahlreichen persönlichen Anfeindungen und massiv auf ihn ausgeübtem Druck berichtet hat.

Die in den Medien verbreitete Ablehnung von Niklas Kienitz durch die Bezirksregierung braucht eine Einordnung

Laut § 71 GO Abs. 3 GO muss der Kandidat die für das Amt erforderlichen Voraussetzungen und eine ausreichende Erfahrung für dieses Amt mitbringen. Was genau darunter zu verstehen ist, ist gesetzlich nicht näher definiert. Es gibt keine vorgeschriebenen Auswahlkriterien für Beigeordnetenstellen. Das von der Stadt Köln formulierte Anforderungsprofil fordert unter anderem ein wissenschaftliches Hochschulstudium sowie Führungserfahrung, ohne Näheres festzulegen. Nach Einschätzung der Verwaltung, der Personalagentur und auch uns erfüllt Niklas Kienitz die Voraussetzungen vollumfänglich. Dass die Bezirksregierung, eine politisch geführte Behörde, zu einem anderen Urteil gekommen sein könnte, mag an juristischen Auslegungsspielräumen liegen. Daher ist eine Ablehnung durch die Bezirksregierung auch rechtlich anfechtbar.

Beigeordnete sind immer vom Rat gewählte politische Managerinnen oder Manager. Bei einer Wahlentscheidung findet also immer eine Abwägung statt zwischen parteipolitischen Anspruch auf der einen und fachlicher Qualifikation auf der anderen Seite – beides hat seinen berechtigten Anteil. Das ist kommunalpolitisch gängig und von der Gemeindeordnung so vorgesehen, nach der der Rat für die Wahl von Beigeordneten zuständig ist und auch den Zuschnitt von Dezernaten ändern kann – was den Wählerinnen- und Wählerwillen im Verwaltungsvorstand der Stadt sichtbar macht.³

³ Vgl. Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW), Bekanntmachung der Neufassung, § 71 & 73: https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_text_anzeigen?v_id=2320021205103438063

PRESSEMITTEILUNG

Worum es nun geht

Wie zu Beginn ausgeführt, sind die Bereiche Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales prägende Ressorts für die Entwicklung einer Metropole wie Köln. Wir stehen zu unseren Beschlüssen im Bündnispapier und auch zur Einrichtung des neuen Dezernats. Im Interesse der Kölner Bürgerinnen und Bürger wollen wir die Stelle zügig neu ausschreiben und zeitnah eine neue Dezernentin oder einen neuen Dezernenten finden, damit diese wichtigen Zukunftsthemen angepackt und konsequent vorangetrieben werden.

gez. Bernd Petelkau MdL
Fraktionsvorsitzender

